Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
- Bundesvorstand Org.-Instrukteur-Abteilung
Sektor Information

Berlin, den 13. Juli 1953

Vertraulich

Information Nr. 58

Verteiler: 1. Kollege Warnke

2. alle Sekretariatsmitglieder3. alle Abteilungsleiter4. alle Ind.Gew. und Gew.

<u>Thema:</u> Einschätzung zu den Belegschaftsversammlungen in den Betrieben.

Unterschrift

Einschätzung

zu den Belegschaftsversammlungen in den Betrieben

Nach den vorliegenden Berichten läßt die Aktivität in der Durchführung von Versammlungen zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 sowohl in der Anzahl der Versammlungen als auch in Inhalt und Beteiligung an der Diskussion nach. Das Niveau der in der letzten Woche durchgeführten Versammlungen ist nach wie vor sehr unterschiedlich. So ist z.B. die Versammlung des Zentralen Konstruktionsbüros in der IG Metallurgie als negatives Beispiel und die Aktivtagungen der IG Bergbau als positive Beispiele besonders hervorzuheben.

Überwiegend sind die Diskussionen mit dem Ausdruck der Unzufriedenheit, vor allem in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen die in den Betrieben und Versorgungsfragen die außerhalb der Betriebe geführt worden.

Der Charakter von feindseligen Diskussionen und provokatorischen Forderungen in den Versammlungen wird durch die Aufstellung von betrieblichen Sofortprogrammen und die Inangriffnahme von Maßnahmen zur Überwindung der größten Mängel zurückgedrängt. Bezeichnend ist, daß Sofortprogramme vielfach nicht auf Initiative der Belegschaften, sondern auf Vorschlag von Funktionären aufgestellt werden. Ebenso schwach ist die Forderung der Arbeiter zur Rechenschaftslegung über die Verwirklichung der in den Sofortprogrammen enthaltenen Maßnahmen.

Bildung Forschung Potsdam e.V.	Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
--------------------------------	--	------------------	---

In den großen Versammlungen ist eine merkliche Beruhigung zu verzeichnen. Dagegen in den Gewerkschaftsgruppenversammlungen finden noch die heftigsten Auseinandersetzungen statt, wobei in diesen Versammlungen die Gruppenfunktionäre auf sich selbst angewiesen sind und oftmals nur eine mangelhafte Klarstellung aller aufgeworfenen Fragen erfolgt.

Die Versammlungen, die von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vorbereitet und einberufen wurden, haben zwar unter den Parteimitgliedern den Boden vorbereitet, spiegeln aber nicht die wahre Meinung der Arbeiter in den Betrieben wider.

Hauptdiskussionen in den Versammlungen:

Charakteristisch ist für den Inhalt der Versammlungen, daß mehr und mehr die spezifischen Fragen der einzelnen Industriezweige in den Vordergrund rücken und solche Fragen, wie HO-Preissenkung um 40 %, Rücktritt der Regierung, Boykott gegen FDGB (Rias-Parolen) immer schwächer werden. Deshalb sind besondere Schwerpunkte in der Diskussion allgemein sehr schwierig festzustellen, wobei aus dem gegenwärtigen Überblick folgende Fragen diskutiert werden:

Zu hohe Preise für die Schuhe,
mangelhafte Qualität der Textilien,
bessere Warenstreuung,
gerechte Verteilung der Produkte,
bessere Obst- und Gemüseversorgung,
Beseitigung des Bürokratismus (Verbilligung derjenigen Produkte, die seitens des staatl.
Handels eher dem Verderb überlassen werden, bevor man die Preise herabsetzt).
Margarine und Butter zu teuer.

Trotz all dieser Diskussionen spricht man sich anerkennend für die bereits eingeleiteten Maßnahmen in bezug Karten- und Preisregulierung bei Fischwaren aus. Darüber herrscht große Freude.

Stärker vertreten sind solche Diskussionen wie:

FDGB, Regierung und Partei sind eins.

Die Gewerkschaften können daher die Interessen der Arbeiter nicht richtig vertreten.

Presse und Rundfunk sollen über die tatsächliche Lage schreiben und nicht nach wie vor schönfärberisch berichten bzw. Falschmeldungen bringen, und die es ablehnen, diese zu berichtigen (Bergmann Borsig)

Noch vereinzelt auftretende Argumente in den Versammlungen:

Volkskammer hat sich als unfähig erwiesen, weil sie der Aufsichtspflicht gegenüber der Regierung nicht nachgekommen ist, der Bundesvorstand des FDGB macht zwar Vorschläge

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
--	------------------	---

an die Regierung, informiert aber die Belegschaften nicht über den Stand der Verhandlungen mit der Regierung.

Die Nichtanerkennung der freiwillig erhöhten Normen ist Wahnsinn, da auf Grund von technischen Verbesserungen nach Auslegung der "Antwort auf aktuelle Fragen" in der "Tribüne" ein Stundenlohn z.B. in der Halle'schen Bäckerei-Maschinenfabrik von 200,- DM (Zweihundert DM) gezahlt werden müßte.

[Quelle: SAPMO-BArch, Bestand DY 34.]